

Protokoll

28. öffentliche Sitzung des Ausschusses Schule und Kultur (Kreisschulausschuss) vom 17.06.2026, Bernhard-Varenius-Schule Hitzacker, Bauernstr. 4, 29456 Hitzacker (Elbe)

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|----------|
| . | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| 1. | Genehmigung des Protokolls der 26. Ausschusssitzung vom 19.02.2026 | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls der 27. Ausschusssitzung vom 19.03.2026 | |
| 3. | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 4. | Kulturförderung 2026 | 2026/864 |
| 5. | Antrag von KTA Haase-Mühlner (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 11.05.2026: Koordinierungsstelle für die Verbindung zwischen allgemeinbildenden Schulen des LK, den Kitas und den hiesigen Sportvereinen | 2026/817 |
| 6. | Antrag von KTA Bade, KTA Haase-Mühlner, KTA Liebhaber, KTA Schwidder, KTA Beckmann, KTA Hillmer und KTA Peters (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 20.05.2026: Barrierefreier Zugang zur Bücherei Lüchow | 2026/839 |
| 6.1. | Anfrage von KTA Gallei, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 05.05.2026: Barrierefreiheit Samtgemeinde-Bücherei Lüchow in einem kreiseigenen Gebäude | 2026/801 |
| 7. | Zielvereinbarung Musikschule | 2026/850 |
| 8. | Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an die Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH | 2026/841 |
| 9. | Annahme einer Zuwendung (Sponsoring) für die Neugestaltung des Eingangsbereichs im Rundlingsmuseum | 2026/807 |
| 10. | Annahme einer Spende in Höhe von 2.850 € für das Rundlingsmuseum Wendland | 2026/868 |
| 11. | Aufhebung des Sperrvermerks in Höhe von 125.000 € für die Errichtung eines Ninja-Park auf dem Schulhof der Jeetzel-Oberschule in Lüchow | 2026/842 |
| 12. | Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Sportstättenentwicklung im Schulzentrum Lüchow | 2026/863 |
| 13. | Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen | |
| 13.1. | Rückblick Kulturelle Landpartie im Rundlingsmuseum Wendland | 2026/857 |
| 13.2. | Digitalpakt 2.0 – Informationen zur Verschiebung des rückwirkenden Maßnahmenbeginns | 2026/832 |
| 13.3. | Pilotprojekt Ambiguitätstoleranz mit ausgewählten Schulen in Lüchow-Dannenberg und der Leuphana Universität Lüneburg | 2026/792 |
| 13.4. | Ergebnis des Förderprogrammes Sanierung kommunaler Sportstätten | 2026/802 |
| 13.5. | Anfrage von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 12.05.2026: Wie entwickelt sich die Quote der SchülerInnen, die in DAN die Schule ohne gesicherten Abschluss verlassen? | 2026/819 |
| 13.6. | Anfrage der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.06.2026: Vandalismusschäden im Bereich Schulzentrum Dannenberg und WLAN- und Netzwerkinfrastruktur am Fritz-Reuter-Gymnasium | 2026/874 |
| 13.7. | Antrag von KTA Gallei und KTA Himmel (Bündnis90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 19.05.2026: E-Zigaretten / Vapes als Risiko erkennen und Aufklärung und Prävention stark machen! | 2026/833 |

Nicht öffentlicher Teil

14. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
15. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Bade, Heike
KTA Flöter, Anja
KTA Haase-Mühlner, Alexander stellv. Vorsitzender
KTA Schwidder, Norbert Vorsitzender
KTA Wiehler, Julie
KTA Allgayer-Reetze, Patricia

beratendes Mitglied Flügge, Eva-Maria
Arbeitgebervertreter Krüger, Frederic
Arbeitnehmervertreter Lüning, Peter
Lehrervertreterin allg. Schulen Prigge, Sarah
Schülervertreterin allg. Schulen Grocholl, Clara andrätin Schulz, Dagmar
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
FDL Schulen Olm, Lucas
Hünecke, Ingo - Gebäudemanagement Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Kreiseler, Sarah Annett - Rundlingsmuseum Lübeln
Wolff, Karen - Protokollführung

anwesend bis 17:07 Uhr

Gäste:

Gymnasium Lüchow Bartholomai, Rainer, Dr.
Bernhard-Varenus Schule Hitzacker Lumpe, Sabrina
Jeetzel-Oberschule Lüchow Sonderhoff, Hilke
Vogel, Celine
Gymnasium Dannenberg Weingarten, Jutta

Es fehlen:

KTA Behning, Kurt	
KTA Fricke, Christine	entschuldigt
KTA Klepper, Hermann-Dieter	
KTA Kretschmer, Sabine	entschuldigt
KTA Schulz, Torsten	entschuldigt
KTA Fathmann, Bernard	entschuldigt
beratendes Mitglied Hanke, Herbert	entschuldigt
beratendes Mitglied Voß, Gesine	
Elternvertreter allg. Schulen Schulz, Bianca	entschuldigt
BBS Lehrervertreter Zimmermann, Cyrille-Laurent	entschuldigt
Drawehn-Schule Clenze Baum, Anja	
Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Broy, Wolfgang	
BBS Lüchow Eilts, Stefan	
Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Meyer, Martina	
Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Scheel, Gabriele	
Nicolas-Born-Schule Dannenberg Steffen, Miriam	
Elbauenschule Gartow Widow, Andreas	
Al Selo, Vanja	

Beginn:	15:00 Uhr	Ende:	17:43 Uhr
----------------	-----------	--------------	-----------

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Schwidder begrüßt neben den Gästen des Gebäudemanagements und Frau Kreiseler, die Vertretung der Presse der Elbe-Jeetzel-Zeitung sowie die anwesende Vertretung des Kreissportbundes Herrn Peter Ward mit einer Referentin. Zudem begrüßt er Herrn Torsten Koopmann von der Berufsbildenden Schule Lüchow.

KTA Schwidder schlägt nach vorheriger Abstimmung mit der Verwaltung vor, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte aus organisatorischen Gründen anzupassen, ohne die Tagesordnung formal zu verändern. Damit die anwesenden Referierenden nicht unnötig lange warten müssten, solle TOP 5 zu der Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Verbindungen zwischen Schulen, Kitas und Sportvereinen unmittelbar nach der Einwohnerfragestunde aufgerufen werden. Ebenso sollten die Berichtspunkte 13.5 zur Quote der Schülerinnen und Schüler, die in Lüchow-Dannenberg die Schule ohne gesicherten Abschluss verließen, sowie 13.6 zur Anfrage der CDU-Fraktion bezüglich Vandalismusschäden und WLAN-Versorgung in Dannenberg vorgezogen werden. Anschließend solle die weitere Beratung in der regulären Reihenfolge erfolgen.

Da keine weiteren Änderungswünsche oder Widersprüche vorliegen, stellt **KTA Schwidder** fest, dass die Tagesordnung in der vorgeschlagenen Reihenfolge behandelt werde. Er stellt ferner die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 26. Ausschusssitzung vom 19.02.2026

KTA Schwidder ruft die Genehmigung des Protokolls der Ausschusssitzung vom 19.02.2026 auf und fragt nach Änderungs- oder Ergänzungswünschen.

Schülervertreterin Clara Grocholl weist darauf hin, dass ihr Vorname im Protokoll an einer Stelle fälschlicherweise mit „K“ statt mit „C“ geschrieben worden sei, und bittet um entsprechende Korrektur.

KTA Schwidder bestätigt, dass die Schreibweise im Originalprotokoll korrigiert und künftig berücksichtigt werde. Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche liegen nicht vor. Er lässt anschließend über die Genehmigung des entsprechend geänderten Protokolls abstimmen.

Das Protokoll der 26. Ausschusssitzung vom 19.02.2026 wird mit 8 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen und ohne Gegenstimmen genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls der 27. Ausschusssitzung vom 19.03.2026

KTA Schwidder ruft die Genehmigung des Protokolls der 27. Ausschusssitzung vom 19.03.2026 auf und fragt nach Änderungs- oder Ergänzungswünschen. Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Genehmigung des Protokolls abstimmen.

Das Protokoll der 27. Ausschusssitzung vom 19.03.2026 wird mit 6 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen und ohne Gegenstimmen genehmigt.

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

KTA Schwidder ruft die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner auf und fragt, ob Fragen aus der Einwohnerschaft vorliegen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, schließt **KTA Schwidder** die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

4. Kulturförderung 2026

2026/864

Landrätin Dagmar Schulz nimmt die aktuelle Beratung zum Anlass, grundsätzlich auf die Bedeutung der Kulturförderung einzugehen. Sie führt aus, die Förderung von Kultur und Sport sei verfassungsrechtlich als Staatsziel verankert, gleichwohl handele es sich bei der Kulturförderung kommunalrechtlich um eine freiwillige Leistung. Der Landkreis habe über Jahre lediglich 12.000 Euro für die Kulturförderung zur Verfügung gestellt; dieser Betrag sei inzwischen auf 14.000 Euro erhöht worden. Damit würden unter anderem Arbeitskostenzuschüsse und einzelne kulturelle Projekte unterstützt.

Landrätin Dagmar Schulz betont, Kulturförderung und kulturelle Bildung seien zugleich gesellschaftliche und politische Bildung. Bereits seit vielen Jahren werde auf Bundesebene darüber diskutiert, dass Kultur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstelle und aufgrund ihrer Einordnung als freiwillige Leistung bei finanziellen Einsparungen häufig besonders gefährdet sei. Kultur könne zur demokratischen Bildung beitragen und Menschen dazu befähigen, sich eine Meinung zu bilden, zu urteilen und unterschiedliche Positionen abzuwägen. Die Diskussion über eine angemessene und dauerhafte Finanzierung kultureller Angebote bestehe bereits seit vielen Jahren.

Landrätin Dagmar Schulz berichtet, auch verschiedene Kulturträger im Landkreis befänden sich zunehmend in schwierigen finanziellen Situationen. Die Musikwoche Hitzacker habe sich bereits intensiv mit der Frage ihrer zukünftigen Finanzierung beschäftigt. Auch die Freie Bühne Wendland greife mit ihrer Arbeit gesellschaftliche Themen auf und arbeite unter anderem mit Schulen zusammen, gerate jedoch ebenfalls wiederholt in prekäre finanzielle Situationen. Vergleichbare Herausforderungen bestünden bei weiteren kulturellen Einrichtungen und Projekten.

Landrätin Dagmar Schulz verweist zudem auf die Situation der Musikschule. Am Morgen habe hierzu bereits ein umfangreiches Krisengespräch mit Mitarbeitenden stattgefunden. Die finanziellen Schwierigkeiten

von Musikschulen seien kein ausschließlich regionales Problem; auch andernorts werde bereits über Einschränkungen von Angeboten diskutiert. Sie wolle daher dafür sensibilisieren, grundsätzlich darüber nachzudenken, welchen Stellenwert Kultur im Landkreis haben solle und wie die Kulturförderung in zukünftigen Haushalten ausgestaltet werden könne. Erfreulich sei, dass aufgrund von Überschüssen beziehungsweise aufzulösenden Rückstellungen in diesem Jahr zusätzliche Mittel für die Förderung zur Verfügung stünden.

Frau Jenny Raeder verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage und den darin enthaltenen tabellarischen Vorschlag zur Verteilung der Kulturfördermittel. Neben den regulären 14.000 Euro stünden in diesem Jahr zusätzliche 13.770 Euro zur Verfügung, da entsprechende Rückstellungen aufzulösen seien. Dies ermögliche es, die beantragten Zuschüsse in diesem Jahr stärker zu berücksichtigen. In früheren Jahren hätten teilweise lediglich ein Drittel oder ein Viertel der beantragten Fördersummen bewilligt werden können. Zu den einzelnen Anträgen könne sie bei Bedarf weitere Erläuterungen geben.

Frau Jenny Raeder erläutert auf Nachfrage einen Antrag der Gemeinde Jameln. Die Gemeinde habe die Trägerschaft für ein von einer ehrenamtlichen Initiative getragenes Vorhaben übernommen. Die Initiative um den ehemaligen Lehrer Jürgen Thiele beschäftige sich seit längerer Zeit mit der Vorbereitung einer Veranstaltung anlässlich eines Jubiläums des Mathematikers Bernhard Riemann. Gegenstand des Förderantrags sei insbesondere eine entsprechende Festveranstaltung beziehungsweise ein Festvortrag. Darüber hinaus plane die Gemeinde weitere Aktivitäten, die jedoch nicht Gegenstand dieser Kulturförderung seien.

Frau Jenny Raeder weist ergänzend darauf hin, dass einzelne größere Kulturträger beziehungsweise Veranstaltungen nicht aus dem hier beratenen Fördertopf finanziert würden. Hierzu gehörten unter anderem die Sommerlichen Musiktage Hitzacker, die Musikwoche Hitzacker sowie der Museumsverbund. Für diese bestünden gesonderte Fördermöglichkeiten aus dem Gesamthaushalt beziehungsweise aus ehemaligen GLB-Mitteln.

KTA Schwidder stellt fest, diese gesonderte Förderung sei in dieser Form bislang nicht Gegenstand der Ausschussberatung gewesen, und bedankt sich für die entsprechende Erläuterung.

KTA Allgayer-Reetze bittet um nähere Informationen zu dem unter Nr. 11 aufgeführten Kurzfilmfestival. Aus den Unterlagen gehe hervor, dass daran etwa 12 bis 15 Filmemacherinnen und Filmemacher beteiligt seien. Sie fragt, ob diese aus dem Landkreis kämen oder ob die Veranstaltung überregional ausgerichtet sei.

Landrätin Dagmar Schulz erläutert, es handele sich um ein Nachwuchsfestival für Filmemachende. Mit der Förderung solle auch der Kulturbereich Film unterstützt werden, der gegenüber anderen Sparten wie Musik oder Theater bislang weniger Fördermöglichkeiten habe. Nachwuchskünstlerinnen und Nachwuchskünstler erhielten dort die Gelegenheit, ihre Kurzfilme an mehreren Tagen öffentlich zu präsentieren. Die Veranstaltung sei überregional ausgerichtet.

KTA Allgayer-Reetze fragt ergänzend nach, ob die Teilnehmenden aus Niedersachsen oder auch aus anderen Bundesländern kämen.

Landrätin Dagmar Schulz bestätigt, die Veranstaltung sei überregional ausgerichtet.

KTA Wiehler ergänzt, hinter dem Projekt stünden unter anderem Robert Schick sowie weitere Engagierte; Trägerverein seien die Grünen Werkstätten. Das Festival habe eine über den Landkreis hinausgehende Bedeutung und biete insbesondere Nachwuchsfilmemachenden die Möglichkeit, ihre Kurzfilme vor Publikum zu präsentieren. Sie halte das Projekt für unterstützenswert.

KTA Allgayer-Reetze erklärt, ihr sei lediglich nicht bekannt gewesen, welches konkrete Vorhaben sich hinter dem Antrag verberge.

KTA Schwidder fragt nach weiteren Fragen oder Beratungsbedarf zum vorgeschlagenen Haushalt beziehungsweise zur Verteilung der Kulturfördermittel. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Empfehlung abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt die vorgeschlagene Vergabe der Kulturfördermittel einstimmig (11 Ja-Stimmen) ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

5. Antrag von KTA Haase-Mühlner (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 11.05.2026: Koordinierungsstelle für die Verbindung zwischen allgemeinbildenden Schulen des LK, den Kitas und den hiesigen Sportvereinen	2026/817
---	-----------------

TA Schwidder ruft den Antrag von KTA Haase-Mühlner auf und fragt, ob dieser über die schriftlichen Ausführungen hinaus ergänzende Erläuterungen geben wolle.

KTA Haase-Mühlner erläutert, der Antrag habe seinen Ursprung in einer Sitzung der Sparkassen-Stiftung Jugend, Bildung und Sport. Dort habe man gemeinsam festgestellt, dass hinsichtlich der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Schulen, Kindertagesstätten und Sportvereinen im Landkreis Lüchow-Dannenberg Verbesserungsbedarf bestehe und andere Landkreise in diesem Bereich deutlich besser aufgestellt seien. Daraufhin habe er angekündigt, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Bearbeitung und die Erstellung der Sitzungsvorlage sowie bei den anwesenden Fachleuten für ihre Bereitschaft, das Thema näher vorzustellen. Er betont, dass es sich aus seiner Sicht nicht um eine parteipolitische Angelegenheit handle und er sich bei diesem Thema lediglich als Impulsgeber verstehe.

KTA Schwidder weist darauf hin, dass zunächst formal über die Beteiligung der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter des Kreissportbundes an der Beratung entschieden werden müsse. Nach den kommunalrechtlichen und geschäftsordnungsrechtlichen Regelungen könne der Ausschuss mit Mehrheit beschließen, anwesende Sachverständige sowie Einwohnerinnen und Einwohner zu einem Tagesordnungspunkt an der Beratung zu beteiligen. Er beantragt daher, den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern des Kreissportbundes zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort zu erteilen.

Da keine Gegenrede erfolgt, lässt **KTA Schwidder** über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss stimmt der Beteiligung der anwesenden Fachvertretungen mit 11 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig zu.

Herr Peter Ward (Kreissportbund Lüchow-Dannenberg) bedankt sich für die Möglichkeit zur Beteiligung an der Beratung. Er stellt sich als Vorsitzender des Kreissportbundes Lüchow-Dannenberg und Sprecher der Sportregion Lüneburger Land vor, zu der die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Lüneburg gehörten. Er führt aus, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg von den in Lüneburg bestehenden Strukturen lernen könne. In einem gemeinsamen Gespräch mit KTA Haase-Mühlner sei deutlich geworden, dass die Verbindung zwischen Schulen, Kindertagesstätten und Sportvereinen im Landkreis verbessert werden müsse. Ziel müsse es sein, Kinder auch beim Übergang von den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen weiterhin für den Sport zu gewinnen.

Als Beispiel nennt Herr Ward die Beteiligung am Sportabzeichen. Während acht der neun Grundschulen daran erfolgreich teilgenommen hätten, habe von den weiterführenden Schulen im Landkreis lediglich eine Schule ein Sportabzeichen angeboten. Dies werfe die Frage auf, warum Kinder und Jugendliche auf ihrem weiteren Bildungsweg teilweise den Bezug zum organisierten Sport verlieren.

Herr Ward berichtet, dass 33 von 47 Sportbünden in Niedersachsen bereits über eine sogenannte BESS-Stelle für Bewegung, Spiel und Sport verfügten. Eine solche Stelle solle insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kitas und Sportvereinen koordinieren. Die notwendige Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Sportvereine und grundsätzlich auch engagierte Personen seien im Landkreis vorhanden; diese müssten jedoch besser miteinander vernetzt werden. Für eine entsprechende Stelle gebe es Fördermöglichkeiten des Landessportbundes, über die zugleich weitere Fördermittel erschlossen werden könnten. Er verweist auf die unterschiedlichen personellen und finanziellen Möglichkeiten der Sportbünde. Während der Kreissportbund Lüchow-Dannenberg mit rund 16.000 Mitgliedschaften in seiner Geschäftsstelle lediglich über eine geringfügig beschäftigte Kraft mit wenigen Wochenstunden verfüge, sei der deutlich größere Sportbund in Lüneburg personell wesentlich umfangreicher ausgestattet. Dadurch könnten dort Fördermöglichkeiten besser genutzt und zusätzliche Mittel eingeworben werden. Der Kreissportbund Lüchow-Dannenberg sehe es daher als seine Aufgabe an, eine entsprechende Koordinierungsstelle bei sich anzusiedeln, die jedoch allen beteiligten Einrichtungen zugutekommen solle. **Frau Pätzmann** sei eingeladen worden, um anhand ihrer Tätigkeit in Lüneburg die Aufgaben und Möglichkeiten einer solchen Stelle vorzustellen.

Frau Pätzmann erläutert, die Abkürzung BESS stehe für „Bewegung, Spiel und Sport“. Aufgabe einer entsprechenden Servicestelle sei insbesondere, kommunale Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten mit den Sportvereinen zu vernetzen. Hintergrund sei unter anderem die Empfehlung, dass Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 17 Jahren durchschnittlich mindestens 60 Minuten täglich körperlich aktiv sein sollten. Tatsächlich erreiche nur ein vergleichsweise geringer Anteil der Kinder und Jugendlichen diese Bewegungszeit; bei Mädchen sei der Anteil nochmals geringer. Sie führt aus, ein wesentlicher Schwerpunkt der BESS-Stelle liege in der Netzwerkarbeit. Es gehe darum, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Schulen, Kitas, Vereinen und weiteren Einrichtungen zusammenzubringen und geeignete Kooperationen zu vermitteln. Hinzu kämen der regelmäßige fachliche Austausch mit anderen Sportbünden, die Beratung der Einrichtungen sowie Informationsveranstaltungen und Fortbildungen. Durch regelmäßige Informations- und Rundschreiben würden Schulen, Kitas und Vereine zudem über Angebote und Fördermöglichkeiten informiert. Ein besonderer Schwerpunkt liege derzeit auf der Entwicklung des Ganztags an Grundschulen. Die Servicestelle berate Schulen und Vereine dazu, wie Sportangebote in den außerunterrichtlichen Ganztags

eingebunden werden könnten. Dabei würden unter anderem Fragen zur Organisation, Finanzierung und konkreten Ausgestaltung von Kooperationen behandelt. Ziel sei es, Schulen, Sportvereine und Schulträger frühzeitig miteinander ins Gespräch zu bringen.

Frau Pätzmann weist außerdem auf die Möglichkeiten des Freiwilligendienstes im Sport hin. Freiwilligendienstleistende könnten beispielsweise bei einem Sportverein eingesetzt werden und gleichzeitig einen Teil ihrer Tätigkeit an einer Kooperationsschule ausüben. Dadurch könnten sowohl die Schulen als auch die Vereine profitieren und den Freiwilligendienstleistenden unterschiedliche praktische Erfahrungen ermöglicht werden.

Im Bereich der Kindertagesstätten berate die BESS-Stelle über Bewegungsangebote und Kooperationen mit Sportvereinen. Diese könnten sowohl einzelne Aktionen als auch längerfristige Kooperationen umfassen. Bei längerfristigen Kooperationen könnten teilweise zusätzliche Fördermöglichkeiten genutzt werden. Darüber hinaus unterstütze die Stelle bei Fortbildungen für pädagogisches Personal und bei der Zertifizierung von Einrichtungen als Bewegungskitas. Als praktische Beispiele nennt **Frau Pätzmann** das Mini-Sportabzeichen sowie den Bewegungspass. Mit dem Mini-Sportabzeichen könnten bereits jüngere Kinder spielerisch an Bewegung und Sport herangeführt werden. Die Angebote ließen sich abhängig von den räumlichen Möglichkeiten sowohl in Innenräumen als auch auf Außengeländen durchführen. Dabei könnten die pädagogischen Kompetenzen des Kita-Personals sinnvoll mit der sportpraktischen Erfahrung aus den Vereinen verbunden werden.

Auch im schulischen Bereich führe die Servicestelle zahlreiche Beratungsgespräche, insbesondere mit bereits bestehenden und künftigen Ganztagsschulen. Erfahrungen erfolgreicher Modelle sollten weitergegeben werden, damit nicht jede Schule eigene Strukturen vollständig neu entwickeln müsse. Gleichzeitig würden Vereine und Schulen durch Fortbildungsangebote darauf vorbereitet, dauerhaft miteinander zu kooperieren.

Frau Pätzmann berichtet weiterhin von regelmäßig stattfindenden Runden Tischen, bei denen Vertreterinnen und Vertreter von Schulen, Vereinen und weiteren beteiligten Stellen gemeinsam Themen des Ganztags und der Bewegungsförderung beraten würden. Dabei seien unter anderem Kooperationsmodelle, Trägerschaften und der Freiwilligendienst im Sport behandelt worden. Ein weiterer Runder Tisch sei für den Herbst vorgesehen.

Am Beispiel des Bewegungspasses verdeutlicht Frau Pätzmann, dass Bewegungsförderung nicht ausschließlich durch klassischen Sportunterricht erfolgen müsse. Auch bewegte Pausen, Arbeitsgemeinschaften, aktive Freizeitgestaltung sowie aktive Schulwege könnten dazu beitragen, die tägliche Bewegungszeit von Kindern zu erhöhen. Gleichzeitig könnten dadurch Elterntaxis reduziert, die Selbstständigkeit und Verkehrssicherheit der Kinder gefördert und positive Umweltwirkungen erzielt werden.

Abschließend fasst sie die Zielsetzung einer BESS-Stelle dahingehend zusammen, dass sie zu mehr Bewegung von Kindern und Jugendlichen im Alltag beitragen und zugleich den Sport als wichtigen Partner für Bildung und gesellschaftliche Entwicklung stärker in den Fokus rücken solle. Sie bedankt sich für die Möglichkeit, die Arbeit und die Aufgaben einer solchen Servicestelle vorzustellen.

KTA Haase-Mühlner schlägt vor, die offenen organisatorischen und finanziellen Fragen zunächst in einem Arbeitskreis zu klären und bis zur nächsten Ausschusssitzung einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten. Er nimmt wahr, dass aus dem Ausschuss und von den anwesenden Schulleitungen grundsätzlich Bedarf an einer stärkeren Vernetzung gesehen wird, beispielsweise durch Bewegungsangebote an Schulen, die Einbindung von Kindern mit Migrationshintergrund sowie die Zusammenarbeit im Bereich des Ganztags.

KTA Schwidder schlägt daraufhin vor, einen Arbeitskreis einzurichten, in den jede Fraktion eine Person entsenden könne. Außerdem sollen der Ausschussvorsitzende, die Verwaltung und der Kreissportbund beteiligt werden. Aufgabe des Arbeitskreises sei es, die organisatorischen, finanziellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen zu klären und zur nächsten Ausschusssitzung einen konkreten Beschlussvorschlag vorzulegen.

Der Ausschuss stimmt diesem Antrag einstimmig 11 Ja-Stimmen, ohne Enthaltungen oder Gegenstimmen zu.

6. Antrag von KTA Bade, KTA Haase-Mühlner, KTA Liebhaber, KTA Schwidder, KTA Beckmann, KTA Hillmer und KTA Peters (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 20.05.2026: Barrierefreier Zugang zur Bücherei Lüchow	2026/839
--	-----------------

KTA Schwidder ruft Tagesordnungspunkt 6 und 6.1 auf und fragt, ob aus dem Ausschuss ergänzende Erläuterungen zum vorliegenden Antrag gewünscht seien.

KTA Bade weist darauf hin, die Thematik sei bereits im Sozialausschuss beraten worden. Dort habe der Ausschuss nach ihrer Erinnerung die Umsetzung empfohlen. Zuvor soll das Gebäudemanagement jedoch prüfen, zu welchem Zeitpunkt die Maßnahme umgesetzt werden könne. Insbesondere müsse geklärt werden, ob die erforderlichen Mittel bereits jetzt berücksichtigt werden müssten oder erst für den kommenden Haushalt einzuplanen seien.

EKR Schermuly bestätigt, dieser Prüfauftrag sei aus dem Sozialausschuss an die Verwaltung herangetragen worden und inzwischen bearbeitet. Nach derzeitigem Stand gehe die Verwaltung davon aus, dass der erforderliche Bauantrag entsprechend auf den Weg gebracht werden könne. Daher sei es sinnvoll, bereits jetzt eine entsprechende Rückstellung zu bilden. Bei den zur Verfügung stehenden Mitteln handle es sich um Landesmittel. Dadurch müsse nicht erst die Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2027 abgewartet werden, sondern mit der Umsetzung der Baumaßnahme könne voraussichtlich bereits zu Beginn des Jahres 2027 begonnen werden.

KTA Schwidder verweist darauf, dass mit dem Tagesordnungspunkt zugleich eine Anfrage von KTA Gallei verbunden sei, und fragt nach weiterem Erläuterungs- oder Beratungsbedarf. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er fest, die Vorlage zeige grundsätzlich eine positive Entwicklung auf. Aufgrund der Zuständigkeit mehrerer Fachausschüsse sei die Angelegenheit auch im Kreisschulausschuss zu beraten.

KTA Schwidder schlägt vor, sich der Empfehlung des Sozialausschusses anzuschließen und die Maßnahme ebenfalls zur Umsetzung zu empfehlen. Da kein Widerspruch erfolgt, lässt er darüber abstimmen.

Der Kreisschulausschuss empfiehlt die Vorlage einstimmig (11 Ja-Stimmen) ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen.

7. Zielvereinbarung Musikschule

2026/850

KTA Schwidder ruft den Tagesordnungspunkt 7. Zielvereinbarung mit der Musikschule auf und bittet um ergänzende Erläuterungen zur Vorlage.

Landrätin Dagmar Schulz berichtet von Personalabgängen, unter anderem zur Musikschule Salzwedel, wo eine bessere Bezahlung geboten werde. Dies erschwere die personelle Situation der Musikschule.

Frau Hamouz erläutert, dass die Zielvereinbarung und die finanzielle Bezuschussung künftig voneinander getrennt werden sollen. Die bisherigen, an den Zuschuss gekoppelten Kennzahlen hätten sich insbesondere nach der Corona-Pandemie als problematisch erwiesen. Künftig sollen aussagekräftige und praktikable Kennzahlen festgelegt und jährlich ausgewertet werden.

Landrätin Dagmar Schulz ergänzt, dass Personalbestand, Schülerzahlen und Kooperationen mit Kitas und Schulen eng zusammenhängen. Weniger Personal führe zu weniger Angeboten und erschwere damit auch die Gewinnung neuer Schülerinnen und Schüler.

KTA Wiehler betont neben einer angemessenen Bezahlung die Bedeutung einer verlässlichen Leitung und Kommunikation. Aus eigener Erfahrung seien Informationen über personelle Veränderungen teilweise verspätet erfolgt. Eine starke Leitung sei daher für die weitere Entwicklung der Musikschule wesentlich.

Landrätin Dagmar Schulz weist darauf hin, dass auch die Besetzung der Leitungsstelle an den derzeitigen finanziellen Möglichkeiten scheitere.

KTA Schwidder stellt fest, dass keine Gegenrede zur Zielvereinbarung vorliegt, und lässt über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Der Kreisschulausschuss empfiehlt die überarbeitete Zielvereinbarung bei 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen.

8. Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an die Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH	2026/841
---	----------

KTA Schwidder ruft den Tagesordnungspunkt 8 zur Erhöhung des Zuschusses für die Musikschule auf und fragt nach ergänzenden Erläuterungen. Seitens der Verwaltung gibt es keine Ergänzungen.

KTA Bade berichtet, dass die Zuschusserhöhung bereits im Beirat beraten worden sei. Sie und Herr Dorendorf unterstützten die Erhöhung aufgrund der Bedeutung der Musikschule und sprächen sich für eine Zustimmung aus.

KTA Schwidder stellt den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt die Erhöhung des Zuschusses bei 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen.

Ab dem Jahr 2027 wird der vom Landkreis Lüchow-Dannenberg gezahlte, jährliche Zuschuss gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages an die Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH von aktuell 280.000 € auf 380.000 € erhöht.

9. Annahme einer Zuwendung (Sponsoring) für die Neugestaltung des Eingangsbereichs im Rundlingsmuseum	2026/807
--	----------

KTA Schwidder ruft den Tagesordnungspunkt zur Annahme einer Zuwendung für die Neugestaltung des Eingangsbereichs am Rundlingsmuseum auf. Ergänzungen oder Nachfragen gibt es nicht.

Der Ausschuss empfiehlt die Zuwendung einstimmig mit 10 Ja-Stimmen ohne Enthaltungen oder Gegenstimmen anzunehmen.

Der Kreisausschuss beschließt die Annahme einer Zuwendung (Sponsoring) durch die Avacon in Höhe von 1.000,00 € für das Rundlingsmuseum.

10. Annahme einer Spende in Höhe von 2.850 € für das Rundlingsmuseum Wendland	2026/868
--	----------

KTA Schwidder stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt den Vorschlag einstimmig 10 Ja-Stimmen, keine Enthaltungen oder Gegenstimmen.

Die Spende von Herrn Joris Kiestra in Höhe von 2.580 € für das Rundlingsmuseum wird angenommen.

11. Aufhebung des Sperrvermerks in Höhe von 125.000 € für die Errichtung eines Ninja-Park auf dem Schulhof der Jeetzel-Oberschule in Lüchow	2026/842
--	----------

KTA Schwidder ruft den Tagesordnungspunkt zum Ninja-Park auf und fragt nach ergänzenden Erläuterungen zur Vorlage.

Herr Olm erläutert, dass verschiedene Fördermöglichkeiten geprüft worden seien. Für ein Förderprogramm habe man eine Absage erhalten. Beim LEADER-Programm bestehe hingegen die Aussicht auf eine Förderung von 70 Prozent bzw. rund 90.000 Euro. Mit der Maßnahme dürfe erst nach Erhalt des Bewilligungsbescheides begonnen werden. Ein Antrag bei „Ein Herz für Kinder“ sei als mögliche Alternative vorgesehen gewesen. Zudem habe der Mobile Dienst das Vorhaben positiv bewertet. Die Verwaltung schlage vor, die Bezeichnung „Ninja-Park“ beizubehalten und den Sperrvermerk aufzuheben.

Auf Nachfrage erläutert **Herr Olm**, dass das Vorhaben das vorgeschaltete Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen habe und nun der eigentliche Förderantrag gestellt werden könne.

KTA Carmienke fragt, ob der Ninja-Park auch außerhalb der Schulzeiten genutzt werden könne, und weist auf mögliche Lärmbedenken von Anwohnern.

Frau Meyer (RLSB) führt aus, dass sich bereits jetzt Jugendliche auf dem Schulgelände aufhielten. Sie gehe nicht davon aus, dass der Ninja-Park zu einer erheblichen zusätzlichen Lärmbelastung führe.

KTA Haase-Mühlner begrüßt das Vorhaben ausdrücklich und dankt insbesondere Herrn Werner sowie der Verwaltung für die zügige Umsetzung. Der Standort und die Bezeichnung „Ninja-Park“ seien passend. Er spricht sich für die Aufhebung des Sperrvermerks aus.

KTA Bade betont, dass Kindern und Jugendlichen entsprechende Bewegungs- und Freizeitangebote ermöglicht werden sollten. Solche Angebote seien eine Bereicherung für den Landkreis.

KTA Schwidder stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und lässt über die Empfehlung zur Aufhebung des Sperrvermerks abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt die Aufhebung des Sperrvermerks einstimmig 10 Ja-Stimmen und ohne Enthaltungen.

Der Kreisausschuss beschließt den mit Beschluss vom 10.11.2025 erlassenen Sperrvermerk in Höhe von 125.000 € für die Errichtung eines Ninja-Parks auf dem Schulhof der Jeetze-Oberschule in Lüchow aufzuheben.

12. Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Sportstättenentwicklung im Schulzentrum Lüchow	2026/863
---	----------

KTA Schwidder ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um ergänzende Erläuterungen zur Verwaltungsvorlage.

Herr Olm erläutert, dass für eine mögliche künftige Förderung bereits ein entsprechender Planungsstand erforderlich sei. Daher solle eine Grundsatzentscheidung getroffen werden. Die Verwaltung schlage vor, die weitere Planung gemeinsam mit dem SC Lüchow zu verfolgen und neben dem Neubau einer Zweifeldsporthalle sowie der Sanierung der Außensanitäranlagen auch die Belange des Vereins einzubeziehen.

EKR Schermuly stellt klar, dass damit noch keine finanziellen Entscheidungen vorweggenommen würden. Diese seien den zuständigen Gremien im Jahr 2027 vorbehalten. Die vorgelegten Darstellungen seien lediglich Flächenstudien. Bei einer gemeinsamen Planung könnten durch die Mehrfachnutzung von Räumen Synergien zwischen Schule und Verein geschaffen werden.

Auf Vorschlag von **KTA Schwidder** beschließt der Ausschuss einstimmig mit 10 Ja-Stimmen, Herrn Tribian vom SC Lüchow als Sachverständigen an der Beratung zu beteiligen.

KTA Haase-Mühlner spricht sich für die gemeinsame, umfassendere Lösung aus. Durch eine gemeinsame Nutzung könnten Synergien geschaffen und die Sportstätten effizienter genutzt werden.

Herr Tribian (SC Lüchow) erläutert die bisherige Bewirtschaftung der Sportanlagen und weist darauf hin, dass bei Förderungen des Landessportbundes genau zwischen sportlicher und sonstiger Nutzung unterschieden werde. Dies müsse bei der weiteren Planung berücksichtigt werden.

KTA Schwidder betont, dass die Grundsatzentscheidung keine endgültigen finanziellen Festlegungen für die kommende Wahlperiode treffe. Die weitere Beteiligung des Vereins und anderer Betroffener solle bei der Planung fortgeführt werden.

Herr Olm stellt nochmals klar, dass die Verwaltung die Variante mit Einbeziehung des SC Lüchow empfehle.

Herr Tribian (SC Lüchow) ergänzt, dass sich der Vorstand des SC Lüchow inzwischen personell stabilisiert habe und er nunmehr als erster Vorsitzender des Vereins tätig sei.

KTA Schwidder stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Der Ausschuss empfiehlt den Verwaltungsvorschlag zur weiteren Planung unter Einbeziehung des SC Lüchow einstimmig und ohne Enthaltungen.

13. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
--

KTA Schwidder ruft den Tagesordnungspunkt Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen auf und kündigt an, abschließend nach weiteren Mitteilungen der Verwaltung sowie Anfragen aus dem Ausschuss zu fragen.

Anregung zur klimaangepassten Schulhofgestaltung

KTA Wiehler berichtet von einer Führung über den Schulhof der Freien Schule und hebt die dort umgesetzten Maßnahmen zur klimaangepassten, wassersparenden und schattenspendenden Gestaltung hervor. Sie regt an, dass sich auch die Schulleitungen und das Gebäudemanagement über das Projekt informieren und mögliche Übertragungen auf kreiseigene Schulen prüfen.

EKR Schermuly erläutert, dass entsprechende Vorschläge von Schülerinnen und Schülern bereits 2024 im Schulausschuss vorgestellt worden seien. Eine Umsetzung sei bislang unter anderem wegen der geplanten Baumaßnahmen im Bereich der Schulsporthalle zurückgestellt worden. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und eines möglichen Förderprogramms werde nun gemeinsam mit dem Gebäudemanagement geprüft, ob Maßnahmen zur klimaangepassten Gestaltung vorgezogen und in den bestehenden Masterplan integriert werden könnten.

13.1. Rückblick Kulturelle Landpartie im Rundlingsmuseum Wendland

2026/857

Frau Kreiseler berichtet über die Beteiligung des Rundlingsmuseums an der Kulturellen Landpartie (KLP). Diese sei für das Museum von großer Bedeutung und habe wesentlich zu den gestiegenen Besuchszahlen beigetragen.

Neu sei das Format „12 Tage – 12 Gäste“ gewesen, bei dem unterschiedliche persönliche Perspektiven auf den Gorleben-Protest und dessen Bedeutung für das Wendland dargestellt worden seien. Das Format solle weiterentwickelt und fortgeführt werden. Daneben hätten Führungen, Workshops, Naturangebote, Kleinkunst, Gastronomie und Angebote für Kinder zum Erfolg beigetragen.

KTA Flöter fragt, ob beim Thema Gorleben auch unterschiedliche Positionen berücksichtigt würden.

Frau Kreiseler erklärt, sie könne sich vorstellen, künftig weitere Perspektiven einzubeziehen.

KTA Carmienke weist darauf hin, dass die damaligen Konflikte teilweise bis in Familien hineingereicht hätten und auch dieser Aspekt berücksichtigt werden sollte.

KTA Schwidder begrüßt die Weiterentwicklung und die Verbindung der jüngeren Geschichte des Landkreises mit dem Rundlingsmuseum.

Frau Kreiseler ergänzt, der Gorleben-Konflikt sei inzwischen Teil der Zeitgeschichte und habe den Landkreis nachhaltig geprägt. Perspektivisch könne sich dies auch in einer Ausstellung widerspiegeln.

13.2. Digitalpakt 2.0 – Informationen zur Verschiebung des rückwirkenden Maßnahmenbeginns

2026/832

KTA Schwidder bittet darum, für die Kreistagssitzung die finanziellen Auswirkungen der Verschiebung des Maßnahmenbeginns konkret zu beziffern.

Herr Olm erläutert, dass bereits getätigte Anschaffungen betroffen seien. Durch die Verschiebung des förderfähigen Maßnahmenbeginns auf den 01.01.2026 könnten Ausgaben aus dem Jahr 2025 nach derzeitiger Planung nicht mehr rückwirkend gefördert werden.

Landrätin Dagmar Schulz kritisiert die Verschiebung, da die Kommunen im Vertrauen auf die angekündigte Fortführung des DigitalPakts bereits Investitionen vorgenommen hätten. Auch die kommunalen Spitzenverbände hätten sich dagegen ausgesprochen.

KTA Schwidder betont, für die weitere politische Beratung sei eine konkrete Bezifferung der finanziellen Auswirkungen für den Landkreis hilfreich.

KTA Wiehler merkt an, dass die Entscheidung einer konkreten Bundesregierung zuzuordnen sei und nicht allgemein mit einem Verlust von „Staatsvertrauen“ gleichgesetzt werden sollte.

KTA Schwidder fragt abschließend, ob weitere Nachfragen zu diesem Berichtspunkt bestehen.

13.3. Pilotprojekt Ambiguitätstoleranz mit ausgewählten Schulen in Lüchow-Dannenberg und der Leuphana Universität Lüneburg

2026/792

KTA Schwidder ruft den Berichtspunkt auf. Ergänzungen zur schriftlichen Vorlage oder Nachfragen aus dem Ausschuss gibt es nicht.

13.4. Ergebnis des Förderprogrammes Sanierung kommunaler Sportstätten

2026/802

KTA Schwidder verweist auf die bereits erfolgten Erläuterungen von Herrn Olm. Weitere Ergänzungen oder Nachfragen gibt es nicht.

**13.5. Anfrage von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom
12.05.2026: Wie entwickelt sich die Quote der SchülerInnen, die in DAN die
Schule ohne gesicherten Abschluss verlassen?**

2026/819

KTA Schwidder ruft den vorgezogenen TOP 13.5 auf. Er weist darauf hin, dass die bisherigen Gäste selbstverständlich weiterhin an der Sitzung teilnehmen könnten. Seitens der Verwaltung sei Herr Koopmann von der Berufsbildenden Schule Lüchow eingeladen worden, um fachliche Fragen zu beantworten. Da von der anfragestellenden SOLI-Fraktion keine Vertretung anwesend sei, könnten von dieser Seite keine ergänzenden Ausführungen zur schriftlichen Anfrage erfolgen. KTA Schwidder fragt, ob über die schriftliche Beantwortung hinaus noch Ergänzungen oder Fragen bestünden.

Herr Koopmann (BBS Lüchow) berichtet, dass in den Schulformen der BBS Lüchow, in denen der Hauptschulabschluss erworben werden könne, in den vergangenen Jahren jeweils alle Schülerinnen und Schüler den Abschluss erreicht hätten. Im laufenden Schuljahr gebe es voraussichtlich ein bis zwei Schülerinnen bzw. Schüler, die den Abschluss nicht erreichen würden. Ursache hierfür seien jedoch keine sprachlichen Schwierigkeiten, sondern allgemein unzureichende schulische Leistungen. Schülerinnen und Schüler, die an allgemeinbildenden Schulen keinen Hauptschulabschluss erreichten, erhielten an der BBS Lüchow in der Berufseinstiegsschule eine weitere Möglichkeit, diesen Abschluss zu erwerben. Im ersten Jahr würden die Schülerinnen und Schüler entsprechend vorbereitet und es werde geprüft, ob die Voraussetzungen für den weiteren Bildungsweg vorlägen. In der Klasse 2 könne anschließend der Hauptschulabschluss erworben werden. Darüber hinaus bestünden weitere Möglichkeiten, den Hauptschulabschluss beispielsweise über entsprechende Maßnahmen der DAA oder im Zusammenhang mit einer Berufsausbildung nachzuholen. Trotz dieser unterschiedlichen Angebote gebe es weiterhin einzelne junge Menschen, die keinen Schulabschluss erreichten.

Frau Meyer (Leitung RZI) ergänzt, dass Schülerinnen und Schüler, die den Förderschulabschluss im Förderschwerpunkt Lernen erwürben, in der niedersächsischen Statistik als Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss geführt würden. Sie hält diese statistische Einordnung für problematisch, da auch diese Schülerinnen und Schüler Abschlussprüfungen absolvierten. Statistisch wird jedoch erst der Hauptschulabschluss als Schulabschluss berücksichtigt, der den Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermögliche. Im laufenden Jahr würden im Landkreis etwa 50 Jugendliche einen Förderschulabschluss im Förderschwerpunkt Lernen erwerben. Die Zahl bewegt sich regelmäßig zwischen etwa 40 und 50 Jugendlichen. Diese Jugendlichen verfügten somit über einen Förderschulabschluss, würden in der Statistik jedoch der Gruppe ohne Schulabschluss zugerechnet. Dies müsse bei der Bewertung der entsprechenden Quote berücksichtigt werden.

KTA Schwidder stellt fest, dass es sich hierbei um eine zahlenmäßig relevante Gruppe handele. Da keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen vorliegen, beendet er die Beratung zu diesem Berichtspunkt.

**13.6. Anfrage der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom
08.06.2026: Vandalismusschäden im Bereich Schulzentrum Dannenberg
und WLAN- und Netzwerkinfrastruktur am Fritz-Reuter-Gymnasium**

2026/874

KTA Schwidder ruft den vorgezogenen TOP 13.6 zur Anfrage der CDU-Fraktion bezüglich der Vandalismusschäden und der WLAN-Versorgung auf und fragt die antragstellende Fraktion, ob über die schriftliche Anfrage hinaus Ergänzungen bestünden.

KTA Carmienieke führt aus, dass die CDU-Fraktion insbesondere wissen wolle, wie die Verwaltung hinsichtlich der dargestellten Vandalismusschäden weiter vorgehen werde. Angesichts der in der Vorlage genannten Schadenshöhe von rund 3,5 Mio. Euro stelle sich die Frage, ob hierzu weitere Maßnahmen oder Konzepte entwickelt würden. Gegebenenfalls könne die Fraktion das Thema auch mit einem Antrag in einer der nächsten Sitzungen des Kreisschulausschusses erneut aufgreifen.

Als zweiten Punkt spricht KTA Carmienke die WLAN-Versorgung an den Schulen in Dannenberg an. Insbesondere auf dem Schulgelände und in den älteren Gebäudeteilen des Fritz-Reuter-Gymnasiums bestünden weiterhin erhebliche Probleme mit der WLAN-Verbindung. Trotz des vorhandenen Breitbandanschlusses sei die Situation im Schulalltag weiterhin unzureichend. Da bereits Verbesserungen und Nachrüstungen angekündigt worden seien, fragt er nach einem konkreteren Zeitrahmen für deren Umsetzung.

KTA Schwidder schlägt vor, zunächst die WLAN-Problematik zu behandeln. Auch von der Nicolas-Born-Schule seien ihm wiederholt entsprechende Schwierigkeiten bekannt geworden. Er berichtet, dass die unzureichende digitale Infrastruktur bei einer schulischen Veranstaltung von Schülerinnen und Schülern bereits humoristisch aufgegriffen worden sei. Dies verdeutliche, dass aus Sicht der Schulen weiterhin Handlungsbedarf bestehe. Er fragt die Verwaltung, ob über die schriftliche Antwort hinaus nähere Angaben zur geplanten Verbesserung gemacht werden könnten.

FDL 40 Herr Olm verweist zunächst auf die bereits vorliegende schriftliche Antwort. Im Zusammenhang mit dem DigitalPakt 2.0 befinde sich die Verwaltung mit den Schulen im Austausch darüber, welche Maßnahmen erforderlich seien. Für die Schulen in Dannenberg bestehe eindeutig weiterer Handlungsbedarf. Einzelne Datenleitungen und technische Komponenten seien bereits sukzessive ausgetauscht worden. Es bestünden jedoch weiterhin größere infrastrukturelle Engpässe. Ein vorhandener Glasfaseranschluss allein reiche beispielsweise nicht aus, wenn zwischen einzelnen Gebäudeteilen weiterhin ältere Kupferleitungen eingesetzt würden. Solche grundlegenden infrastrukturellen Maßnahmen müssten im Rahmen des DigitalPakts und in Abstimmung mit dem Gebäudemanagement umgesetzt werden. Die bestehenden Engpässe seien bekannt und stünden weiterhin auf der Agenda.

KTA Carmienke fragt nach, was unter einer zeitnahen Umsetzung konkret zu verstehen sei und bis wann mit einer Realisierung gerechnet werden könne.

FDL 40 Herr Olm antwortet, die Verwaltung wolle die notwendigen Maßnahmen möglichst in diesem Jahr, spätestens jedoch zum Anfang des kommenden Jahres umsetzen. Der konkrete Zeitplan müsse mit dem Gebäudemanagement abgestimmt werden, da dort unter anderem die erforderlichen Aufträge koordiniert würden. Zum aktuellen Stand der einzelnen Auftragsvergaben könne er keine abschließende Aussage treffen.

KTA Schwidder fragt die anwesende Vertretung des Gebäudemanagements, ob hierzu weitere Angaben gemacht werden könnten.

Herr Hünecke (GBM) teilt mit, dass er zum aktuellen Sachstand der digitalen Maßnahmen keine ergänzenden Angaben machen könne.

FDL 40 Herr Olm konkretisiert, dass die wesentlichen infrastrukturellen Engpässe möglichst beseitigt sein sollten, bevor die zusätzlichen digitalen Endgeräte in größerem Umfang eingesetzt würden. Mit diesen Geräten werde nach derzeitiger Planung im Bereich der Sommerferien bzw. im Herbst gerechnet. Bis dahin solle insbesondere an den bekannten Engpässen gearbeitet werden. Eine vollständige Erneuerung der gesamten Infrastruktur werde zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich noch nicht abgeschlossen sein.

Frau Steffen weist darauf hin, dass an ihrer Schule nach den Sommerferien ein weiterer Jahrgang mit Tablets ausgestattet werde. Damit verfügten die Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 7 über entsprechende Endgeräte. Nach den der Schule vorliegenden Informationen seien die Geräte bereits bestellt und sollten während der Sommerferien geliefert werden.

FDL 40 Herr Olm erklärt, der Verwaltung lägen hinsichtlich der konkreten Liefertermine des Landes keine weitergehenden Informationen vor. Die Verwaltung bemühe sich jedoch um eine zeitnahe Verbesserung der Infrastruktur und sei bei der Umsetzung zugleich auf die Zusammenarbeit mit dem Gebäudemanagement angewiesen.

Frau Weingarten bestätigt, dass nach dem Informationsstand ihrer Schule die zusätzlichen Endgeräte während oder kurz nach den Sommerferien zur Verfügung stehen sollten. Sie weist darauf hin, dass es problematisch sei, wenn ganze Jahrgänge mit Tablets ausgestattet würden, teilweise bereits zuvor durch die Eltern finanzierte Geräte vorhanden seien, die notwendige WLAN-Infrastruktur jedoch keinen zuverlässigen Einsatz im Unterricht ermögliche. Dies führe gegenüber Schülerinnen, Schülern und Eltern zu erheblichem Erklärungsbedarf.

Frau Weingarten ergänzt, auf den Tablets befänden sich zugleich die benötigten Schulbücher. Je später die Geräte aufgrund technischer Probleme eingesetzt werden könnten, desto später könne daher auch mit den digitalen Schulbüchern gearbeitet werden. Papiaerausgaben stünden nicht mehr zur Verfügung, sodass die Schulen auf eine funktionierende digitale Ausstattung angewiesen seien.

Frau Baum weist darauf hin, die an ihrer Schule bestehenden Schwierigkeiten hätten eine andere Ursache. Es gebe wiederholt Ausfälle von IServ, die jedoch nicht auf das WLAN-Netz zurückzuführen seien. Das WLAN sei verlässlich und entsprechend geprüft. An der Behebung der Probleme werde bereits seit Monaten gearbeitet und die Maßnahmen seien auch mit den Beteiligten abgestimmt. Nach ihrer Kenntnis handele es sich um ein Problem im Zusammenhang mit IServ.

KTA Schwidder fasst zusammen, die Problematik sei damit zunächst dargestellt. Er habe den Eindruck, dass die Kreisverwaltung beziehungsweise die Verwaltungsspitze das Thema aufgenommen habe und erste Schritte weiterverfolgen werde. Anschließend leitet er zum ersten Teil der Anfrage über, der sich auf eine mögliche Videoüberwachung zur Vermeidung von Vandalismusschäden beziehe, und fragt nach weiteren Überlegungen der Verwaltung.

EKR Schermuly erklärt, die rechtlichen Voraussetzungen einer Videoüberwachung seien von der Verwaltung bereits in anderen Zusammenhängen geprüft worden, unter anderem bei Altkleider- und Glascontainerstandorten sowie bei stationären beziehungsweise semistationären Geschwindigkeitsmessenanlagen. Hintergrund seien dort ebenfalls wiederholt auftretende Beschädigungen und Straftaten gewesen. Eine Videoüberwachung des öffentlichen Raumes sei datenschutzrechtlich jedoch nur unter engen Voraussetzungen zulässig. Es müssten insbesondere erhebliche und wiederholt auftretende Straftaten vorliegen, bevor ein solcher Eingriff gerechtfertigt werden könne. Einzelne Kommunen hätten versucht, bestimmte Flächen aus dem öffentlichen Raum herauszunehmen, um andere rechtliche Voraussetzungen für eine Videoüberwachung zu schaffen. Bei einem Schulhof sei dies jedoch mit erheblichem Aufwand verbunden. Erschwerend komme hinzu, dass die betreffenden Schulflächen öffentlich zugänglich und nicht dauerhaft abgesperrt seien. Ob sich die rechtliche Bewertung durch eine Einzäunung oder zeitweise Schließung verändern würde, müsse im Detail geprüft werden. Allein ein Zaun führe nicht zwangsläufig dazu, dass die Fläche ihren Charakter als öffentlich zugänglicher Raum verliere. Bei Delikten geringerer Schwere sei eine Videoüberwachung daher rechtlich besonders schwierig zu begründen.

KTA Carmienke hält eine erneute Prüfung dennoch für sinnvoll. Für eine Videoüberwachung bestünden zwar bestimmte rechtliche Voraussetzungen, angesichts der bereits entstandenen Vandalismusschäden solle jedoch genauer betrachtet werden, ob diese Voraussetzungen erfüllt werden könnten. Er schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Kreisschulausschusses erneut aufzugreifen und dabei auch die betroffenen Örtlichkeiten näher zu betrachten. Die Höhe der entstandenen Schäden sei aus seiner Sicht erheblich genug, um weitere Möglichkeiten zu prüfen.

KTA Schwidder stellt fest, dass die rechtliche Bewertung der Verwaltung und die politische Einschätzung der Situation teilweise unterschiedlich ausfielen. Neben der Frage einer Videoüberwachung seien aus seiner Sicht deshalb weitere präventive Möglichkeiten zu betrachten. Bereits in der Vergangenheit sei über Probleme im Bereich des Schulcampus beziehungsweise Schulzentrums berichtet worden. Insbesondere nach Wochenenden seien dort wiederholt zerbrochene Flaschen, Vermüllungen und weitere Schäden festgestellt worden.

KTA Schwidder erinnert daran, dass seinerzeit angeregt worden sei, Jugendpflege, Präventionsrat und Jugendzentrum stärker einzubeziehen. Es sollte geprüft werden, ob Jugendliche und junge Erwachsene, die sich außerhalb der Schulzeiten auf dem Gelände aufhielten, durch Angebote und direkte Ansprache besser erreicht werden könnten. Ziel müsse sein, Vandalismus möglichst bereits im Vorfeld zu verhindern. Die entstehenden Schäden führten schließlich dazu, dass finanzielle Mittel an anderer Stelle für schulische Zwecke fehlten.

KTA Schwidder gibt außerdem zu bedenken, dass die öffentliche Zugänglichkeit des Schulcampus politisch ausdrücklich gewollt gewesen sei. Das Gelände solle nicht ausschließlich während des Schulbetriebs genutzt werden, sondern durch seine Gestaltung und die vorhandenen Sport- und Freizeitangebote auch außerhalb der Unterrichtszeiten als öffentlicher Aufenthaltsbereich dienen. Eine Einschränkung dieses Zugangs zugunsten einer Videoüberwachung müsse daher auch unter diesem Gesichtspunkt bewertet werden.

KTA Schwidder weist ergänzend darauf hin, eine Videoüberwachung verhindere Vandalismus nicht zwangsläufig unmittelbar. Wenn Aufzeichnungen erst nach einem Vorfall ausgewertet würden, könne allenfalls versucht werden, Täterinnen oder Täter nachträglich zu identifizieren. Daher solle ebenfalls geprüft werden, ob technische Sicherungsmaßnahmen, beispielsweise Melde- oder Alarmvorrichtungen an besonders gefährdeten Fenstern und Türen, sinnvoller seien. Diese könnten gegebenenfalls eine unmittelbare Meldung auslösen. Die verschiedenen Möglichkeiten sollten aus seiner Sicht auch in den weiteren Beratungen der Fraktionen berücksichtigt werden.

Frau Steffen berichtet, Vandalismus am Schulzentrum sei bereits mehrfach Thema im Präventionsrat beziehungsweise im Samtgemeinderat gewesen.

KTA Schwidder fragt, ob dort bereits konkrete Maßnahmen vorgeschlagen worden seien, die auch für die weitere Beratung hilfreich sein könnten.

Frau Steffen erklärt, es habe Einigkeit darüber bestanden, dass der Einsatz einer Streetworkerin oder eines Streetworkers sinnvoll sein könne. Eine solche Person könne sich insbesondere außerhalb der Schulzeiten im Bereich des Schulzentrums aufhalten, Jugendliche ansprechen und ihnen geeignete Angebote unterbreiten. Das Jugendzentrum könne diese zusätzliche Aufgabe aufgrund seiner bestehenden Aufgaben nicht allein übernehmen. Zu klären sei allerdings, ob und in welcher Form eine solche Maßnahme durch die Samtgemeinde oder den Landkreis umgesetzt werden könne.

KTA Schwidder erklärt, er sei grundsätzlich für alle geeigneten Maßnahmen offen, die Vandalismusschäden und die damit verbundenen unnötigen Ausgaben verhindern könnten. Neben technischen Maßnahmen seien dabei auch andere Ansätze zu berücksichtigen. Die Überlegung zum Einsatz von Streetwork höre er nicht zum ersten Mal. Aus früheren Erfahrungen wisse er, dass Streetwork bei vergleichbaren Problemlagen durchaus einen dämpfenden und präventiven Effekt haben könne.

Landrätin Dagmar Schulz führt aus, das Problem des Vandalismus sei nicht neu und trete erfahrungsgemäß in Wellen auf. In Dannenberg habe es bereits vor einigen Jahren Phasen mit erheblichen Beschädigungen an Schulen und öffentlichen Einrichtungen gegeben. Teilweise seien Einrichtungen und Bauteile mit erheblicher Gewalt beschädigt worden. Vergleichbare Entwicklungen habe es zeitweise auch an anderen Schulstandorten, beispielsweise in Clenze, gegeben. Nach einer gewissen Zeit hätten diese Phasen jeweils wieder nachgelassen. Welcher Mechanismus dahinterstehe, lasse sich nur schwer beurteilen. Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob Schulen und Schulgelände offene Orte bleiben oder außerhalb der Schulzeiten stärker abgeschlossen werden sollten. Wenn sich insbesondere an Wochenenden regelmäßig Personen an bestimmten Orten trafen, könne eine konsequente Überwachung zudem dazu führen, dass eine Vielzahl öffentlicher Bereiche überwacht werden müsse.

Frau Steffen berichtet, insbesondere nach Wochenenden und bei stärkerer Nutzung der Sporthalle seien auf dem Schulhof häufiger Glasscherben und andere Verunreinigungen festzustellen. Seit zusätzliche Mitarbeitende den Hausmeister bei der regelmäßigen Reinigung des Geländes unterstützten, habe sich die Situation jedoch wesentlich verbessert. Zwar komme es weiterhin zu Verunreinigungen, die Schülerinnen und Schüler seien davon aber deutlich weniger betroffen und hätten nicht mehr den Eindruck, sich auf einem unsauberen oder durch Glasscherben gefährlichen Schulhof bewegen zu müssen. Der Einsatz der zusätzlichen Reinigungskräfte habe sich daher aus ihrer Sicht bewährt.

Schülervertreterin Clara Grocholl gibt zu bedenken, bei der Diskussion über Vandalismus müsse auch nach dessen Ursachen gefragt werden. Vandalismus könne unter anderem mit der Unzufriedenheit von Schülerinnen und Schülern mit der Schule, ihrem Erscheinungsbild oder den dortigen Bedingungen zusammenhängen. Eine Videoüberwachung führe aus ihrer Sicht nicht dazu, dass sich Schülerinnen und Schüler geschützter oder wohler fühlten. Vielmehr könne dadurch das Gefühl entstehen, überwacht und mit den eigenen Anliegen nicht ernst genommen zu werden. Eine Kamera könne zwar mit einer abschreckenden Wirkung begründet werden, sei aus ihrer Sicht jedoch kein geeigneter Ansatz, wenn das Ziel darin bestehe, Schülerinnen und Schüler zu schützen und die Ursachen des Vandalismus zu bearbeiten.

KTA Flöter vertritt die Auffassung, neben der Beseitigung entstandener Schäden müsse auch versucht werden, die Verursachenden von Vandalismus zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Es sei nicht hinnehmbar, fremdes Eigentum ohne Konsequenzen zu beschädigen. Auch wenn eine Videoüberwachung rechtlich schwierig umzusetzen sei, könne geprüft werden, ob sie an besonders häufig betroffenen Standorten zeitlich begrenzt eingesetzt werden könne. Dies könne sowohl der Abschreckung als auch der Verdeutlichung dienen, dass entsprechendes Verhalten Konsequenzen habe.

KTA Bade weist darauf hin, das Thema Streetwork sei bereits mehrfach im Schulausschuss behandelt, bislang jedoch insbesondere aus Kostengründen nicht weiterverfolgt worden. Sie rege an, die Kosten für den Einsatz einer Streetworkerin oder eines Streetworkers zunächst im Bereich der Nicolas-Born-Schule und des Fritz-Reuter-Gymnasiums zu ermitteln. Dabei solle auch geprüft werden, ob eine gemeinsame Finanzierung durch Samtgemeinde und Landkreis möglich sei. Eine Videoüberwachung könne zwar möglicherweise zur Ermittlung von Verursachenden beitragen, wirke aus ihrer Sicht jedoch nicht ausreichend präventiv. Streetwork könne dagegen dazu beitragen, Jugendliche anzusprechen, problematischem Verhalten vorzubeugen und langfristig auch Vandalismusschäden und damit verbundene Kosten zu reduzieren.

Frau Weingarten stellt klar, in den meisten Fällen sei nicht bekannt, wer die Vandalismusschäden verursache. Es werde nicht davon ausgegangen, dass es sich mehrheitlich um Schülerinnen und Schüler der betroffenen Schulen handele. Vielmehr würden die Schulgelände insbesondere an Wochenenden auch von anderen Personen genutzt. Die eigenen Schülerinnen und Schüler ärgerten sich über die Beschädigungen und wünschten sich eine gepflegte und intakte Schule. Sie gingen ganz überwiegend verantwortungsbe-

wusst mit dem Eigentum des Landkreises um. Die Ursache des Problems sei daher nicht vorrangig innerhalb der Schülerschaft zu suchen.

KTA Schwidder fasst zusammen, dass damit unterschiedliche Aspekte und Lösungsansätze zur Problematik dargestellt worden seien, und fragt nach weiteren Stellungnahmen.

Landrätin Dagmar Schulz erklärt, zunächst müsse nochmals genau geprüft werden, an welchen Stellen und unter welchen rechtlichen Voraussetzungen eine Videoüberwachung überhaupt zulässig sei. In der Vergangenheit seien bereits Verursachende von Vandalismusschäden ermittelt worden, was entsprechende Konsequenzen nach sich gezogen habe. Zeitweise habe auch die Polizei verstärkt im Bereich der Schulen kontrolliert, wobei während der Kontrollen nicht zwangsläufig entsprechende Vorfälle festzustellen gewesen seien. Auch an anderen Stellen, beispielsweise auf Schuldächern in Lüchow, habe es bereits problematische Vorfälle gegeben. Die Angelegenheit werde daher nochmals geprüft.

KTA Schwidder spricht sich dafür aus, die konkreten örtlichen und rechtlichen Möglichkeiten nochmals detailliert zu untersuchen. Dabei sei insbesondere zu berücksichtigen, ob die betreffenden Bereiche von unbeteiligten Personen genutzt oder passiert würden.

KTA Carmienke konkretisiert, nach seiner Kenntnis konzentrierten sich die Probleme insbesondere auf einen bestimmten, etwas versteckt gelegenen Bereich am Naturwissenschaftsgebäude. Im Bereich einer Treppe in Richtung Sportplatz, die teilweise durch die Umgebung abgeschirmt sei, hielten sich häufiger Personen auf. Dort seien wiederholt Glasscherben und Beschädigungen festzustellen. Die Prüfung könne sich daher zunächst gezielt auf diesen Bereich konzentrieren.

KTA Schwidder bittet die Verwaltung, die Situation anhand dieser Konkretisierung gemeinsam mit Schule, Hausmeister und Gebäudemanagement nochmals zu betrachten und zu prüfen, ob sich die Vandalismusproblematik tatsächlich auf bestimmte Bereiche konzentriere und welche Maßnahmen dort möglich seien. Ergänzend rege er an, auch dem Präventionsrat nochmals einen entsprechenden Impuls zu geben und mögliche präventive Maßnahmen prüfen zu lassen. Abschreckung allein könne nicht sämtliche Ursachen und Formen des Vandalismus verhindern.

KTA Schwidder stellt abschließend fest, die wesentlichen Aspekte der Anfrage seien damit umfassend beraten worden. Er weist darauf hin, dass Frau Weingarten die Sitzung wegen einer Zeugniskonferenz verlassen müsse und entsprechend entschuldigt sei. Da zu diesem Themenkomplex keine weiteren Wortmeldungen vorlägen, beendet er die Beratung und ruft anschließend Tagesordnungspunkt 4 auf.

13.7. Antrag von KTA Gallei und KTA Himmel (Bündnis90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 19.05.2026: E-Zigaretten / Vapes als Risiko erkennen und Aufklärung und Prävention stark machen!	2026/833
---	----------

KTA Wiehler weist auf die gesundheitlichen Risiken von Vapes insbesondere für Jugendliche hin und spricht sich für verstärkte Aufklärungs- und Präventionsangebote an Schulen sowie für eine stärkere Einbeziehung der Eltern aus.

Frau Sonderhoff berichtet, dass Vapes an ihrer Schule zunehmend ein Thema seien. Die Schule betreibe bereits Präventionsarbeit und ziehe aufgefundene Vapes ein. Auch bei den Eltern bestehe weiterer Aufklärungsbedarf.

Frau Raeder regt an, bestehende Präventionsangebote um das Thema Vapes zu erweitern.

Landrätin Dagmar Schulz betont ebenfalls die Bedeutung der Elternarbeit. Neben Elternabenden sollten weitere Möglichkeiten, etwa über soziale Medien oder Angebote in Jugendzentren, geprüft werden, um Eltern und Jugendliche zu erreichen.

KTA Schwidder weist darauf hin, dass die Beteiligung von Eltern mit zunehmendem Alter der Kinder häufig abnehme. Daher könne eine frühzeitige Sensibilisierung bereits im Grundschulalter sinnvoll sein. Abschließend stellt er fest, dass zu diesem Berichtspunkt kein weiterer Redebedarf bestehe.

KTA Schwidder dankt für die konstruktive Sitzung und schließt Diese um 17:43 Uhr in der Bernhard-Varenus-Schule Hitzacker.

gez. Schwidder

Vorsitzender

gez. Wolff

Protokollführung